

SYSTEMRELEVANT 107

Aus Hartz IV wird das Bürgergeld, doch reichen die Reformen aus für eine Grundsicherung, die ihren eigenen Ansprüchen gerecht wird? Unsere WSI-Expert:innen haben weitergehende Ideen.

Marco Herack:

Heut ist Dienstag, der 22. Juni 2022. Willkommen zur 107. Ausgabe von Systemrelevant. Wir sind heute zu dritt. Daher begrüße ich in alphabetischer Reihenfolge Bettina Kohlrausch, hallo.

Bettina Kohlrausch:

Hallo.

Marco Herack:

Du bist die Direktorin des WSI, dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans-Böckler-Stiftung. Und willkommen, Dorothee Spannagel.

Dorothee Spannagel:

Hallo.

Marco Herack:

Du arbeitest seit 2014 am WSI im Referat für Verteilungsanalyse und Verteilungspolitik und zu deinen Arbeitsschwerpunkten gehören unter anderem die Themen Armut, Reichtum sowie vergleichende Wohlfahrtsforschung. Und Florian Blank, hallo.

Florian Blank:

Hallo Marco.

Marco Herack:

Du arbeitest seit 2009 im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut und forschst dort zu unterschiedlichen Aspekten der Sozialpolitik, meist aber zur Rentenpolitik und zur Sozialversicherung. Normalerweise haben wir immer eine kleine neckische Frage, aber erstens sind wir heute etwas in Eile und zweitens sind wir zu dritt und da würde das etwas zu viel werden. Deswegen kommen wir gleich zu den Hinweisen, die wir vorweg immer für euch haben. Das heißt, wenn ihr uns etwas mitteilen möchtet, dann könnt ihr uns auf Twitter antickern @boeckler_de oder auch per E-Mail an systemrelevant@boeckler.de senden. Also Hinweise, Korrekturen und Anregungen – schickt sie uns. Und wir freuen uns natürlich, wenn ihr uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonniert. Wer Twitter nutzt findet dort Bettina als @BettiKohlrausch, aber weder Dorothee noch Florian. Zumindest habe ich euch nicht gefunden.

Bettina Kohlrausch:

Genau. Aber ich kann es ausrichten.

Marco Herack:

Mein Name ist Marco Herack und wir wollen uns heute über die Grundsicherung unterhalten, genau genommen wie man die Grundsicherung weiterdenken kann. Aber bevor wir dazu kommen, Florian, vielleicht kannst du mich noch mal daran erinnern, was die Grundsicherung überhaupt ist.

Florian Blank:

Also der Startpunkt für uns ist tatsächlich die Grundsicherung, wie sie im Sozialgesetzbuch steht. Die wird manchmal auch als letztes Netz der sozialen Sicherung im deutschen Sozialstaat bezeichnet. Es geht dann darum, dass Menschen, die aus welchen Gründen auch immer kein Einkommen aus anderen Quellen haben oder ein zu geringes Einkommen, da Unterstützung finden, beispielsweise als Arbeitssuchende, ist im SGB II dann, landläufig bekannt auch als Hartz IV, die Grundsicherung für Arbeitssuchende. Aber es betrifft auch Menschen im Alter, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Darüber hinaus haben wir immer noch letztendlich die alte Sozialhilfe. Und es gibt noch das Asylbewerberleistungsgesetz. All das sind Leistungen, die bei Bedürftigkeit greifen. Letztlich müssen Menschen dann nachweisen, dass sie einen Anspruch auf diese Leistung haben, dass sie sich nicht aus Erwerbseinkommen oder auf der Grundlage von anderen Sozialleistungen über Wasser halten können. Das ist der Startpunkt für uns. Die Grundsicherung im engeren Sinne, haben wir an manchen Stellen dann auch gesagt. Wenn man die politischen Debatten so verfolgt, dann merkt man ziemlich schnell, dass da schon einiges im Argen ist. Aber die Reform dieser Art von Grundsicherung im engeren Sinne ist nur einer der vielen Aspekte, die uns so umtreiben.

Marco Herack:

Bettina, die Grundsicherung als solche, ist die denn überhaupt problematisch?

Bettina Kohlrausch:

Ich würde sagen schon, weil das ist ja letztlich ein Versprechen des Sozialstaates. Es ist ja ein Recht, letztlich aufgefangen zu werden, egal was passiert und auch sozusagen die Grundbedürfnisse gesichert zu haben. Wenn man sich jetzt anguckt, also Hartz IV, da ist es, glaube ich, am plastischsten, weil damit die meisten Leute was verbinden können. Aber bei allen Leistungen, die Florian jetzt beschrieben hat, kann man da ja große Fragen stellen, ob das wirklich sozusagen das Sicherheitsnetz ist, auf das man sich verlassen möchte, weil es ja theoretisch erst mal uns allen passieren kann, dass wir in die Situation kommen, auf dieses Sicherheitsnetz angewiesen zu sein. Und dann ist natürlich der erste Punkt: Das ist einfach sehr niedrig. Also der Paritätische Wohlfahrtsverband zum Beispiel sagt regelmäßig, eigentlich müsste die Grundsicherung oder Hartz-IV-Sätze 200 Euro mehr im Monat betragen. Wir wissen, dass die Zugänge häufig von den Menschen, die da drin ist, als stigmatisierend erlebt werden, dass die an Voraussetzungen geknüpft sind, die problematisch sind, dass teilweise, obwohl es ja eigentlich sozusagen das Existenzminimum ist, was gesichert werden soll durch den Staat, gekürzt werden können und so weiter und so weiter. Also das System wird ja auch von vielen Menschen als, ja, ich glaube, man kann schon sagen, als entwürdigend wahrgenommen. Und damit ist natürlich dieses Sicherheitsversprechen schon an vielen Punkten sozusagen sehr löchrig, weil eigentlich möchte das ja keiner. Das ist ja nicht beruhigend. Also kein Mensch denkt so, na ja, egal, im schlimmsten Fall gibt es ja immer noch Hartz IV. Sondern ich glaube, die meisten Menschen denken, um Gottes willen, bloß nicht irgendwie auch auf diese Bürokratie angewiesen sein und in dieses System reinkommen. Und das ist so der erste Punkt. Also erstens, die Existenz zu sichern, löst die für viele Menschen nicht ein und auch letztlich ein

Sicherheitsversprechen im Sinne von Beruhigung löst es nicht ein. Und die anderen Fragen, die man sich natürlich stellen kann, was sind eigentlich Grundbedarfe, die so eine Grundsicherung absichern sollte und ist das durch das System eigentlich gewährleistet. Und das ist ja auch der Ausgangspunkt. Also wir reden hier ... wenn ich mal ein bisschen Werbung machen darf für die Werbung unseres Instituts. Dorothee und Florian haben ja ein Buch herausgegeben: Grundsicherung weiterdenken. Und da geht es ja genau darum, zu fragen, also jetzt mal einerseits natürlich technisch, aber auch einfach von der Logik her. Also welche Grundbedürfnisse müssen eigentlich abgesichert und gewährleistet werden, weil wir ja auch in einer Situation sind oder wir haben viele Umbrüche im Arbeitsmarkt und Erwerbsbiografien von Menschen werden unsteter und natürlich auch sozusagen die Notfälle, auf die so eine Grundsicherung reagieren muss, verändern sich ja möglicherweise auch. Insofern, gibt viel zu tun, wenn man sagt, Grundsicherung weiterdenken, würde ich sagen. Aber ist ja auch ein dickes Buch geworden.

Marco Herack:

Genau. Und das Buch werden wir euch verlinken, weil das Buch, einmal kann man es einfach als PDF runterladen und lesen oder man kann natürlich auch dafür bezahlen, wenn man das möchte, sodass es halt auch jedem zugänglich ist. Dorothee, jetzt haben wir schon ein paar Felder umrissen, die problematisch sind. Wo würdest du da als erstes sagen, da müssen wir unbedingt ran?

Dorothee Spannagel:

Also ich will vielleicht noch mal einen systematischen Punkt machen. Der Ausgangspunkt sozusagen für Grundsicherung ist das Versprechen des Sozialstaats, für Deutschland gesprochen, dass niemand unterhalb eines sogenannten soziokulturellen Existenzminimums leben muss. Wenn eine Person nicht aus eigener Kraft in der Lage ist, sich das zu sichern, das ist das Versprechen, springt der Sozialstaat in Form der Grundsicherung ein, um eben dieses soziokulturelle Existenzminimum zu sichern. Und da fängt es schon an: Was heißt soziokulturelles Existenzminimum? Explizit geht es hier nicht nur ums nackte Überleben. Also es geht nicht darum, dass man dann genug zu essen hat und vielleicht irgendwie noch ein Dach über dem Kopf und nicht erfriert, sondern es geht um ein soziokulturelles Existenzminimum, das heißt, dass man auch in irgendeiner Form zumindest grundlegend noch an der Gesellschaft teilhaben kann. Und das ist im Sozialgesetzbuch definiert, ein Leben zu führen, das der Würde des Menschen entspricht. Das ist auch noch sehr allgemein gehalten. Und das wird dann im Sozialhilfesatz materiell konkretisiert, wie viel Geld ist denn dem Staat die Würde des Menschen wert. Und da fangen eben die Probleme an. Und da ist tatsächlich aus meiner Sicht ein ganz zentrales Problem, das sehr häufig Bedarfsgemeinschaften oder Haushalte, die zum Beispiel ALG II, also Hartz IV, beziehen, immer noch unterhalb der Armutsgrenze liegen. Also das heißt, die Sätze, die man für ALG II bekommt inklusive aller Aufschläge für Kosten der Unterkunft et cetera, liegen häufig unterhalb der Armutsgrenze. Und das ist meiner Meinung nach extrem problematisch, um mal so einen ganz zentralen Punkt rauszugreifen.

Florian Blank:

Der Punkt ist darüber hinaus ja noch, dass man über die Leistungshöhe ja einerseits noch lange diskutieren kann, auch über natürlich die Berechnung der

Armutsrisikogrenze, ja, ist das jetzt der wirklich exakte Wert, mit dem man umgehen will. Es gibt dabei eben sehr ernsthafte Argumente, die zum Beispiel Irene Becker, eine sehr renommierte Verteilungsforscherin, immer wieder vorbringt, dass letztendlich die Berechnung der Regelbedarfe in der Grundsicherung, unabhängig von gerecht und nicht gerecht auch letztendlich nicht rational ist, sondern Zirkelschlüsse und relativ willkürliche Entscheidungen zwischendrin enthält, sodass man allein schon da eigentlich eine klarere und bessere Politik fordern sollte, womit ich nicht sagen möchte, dass es nicht grundsätzlich auch noch großzügiger sein sollte. Aber da steckt auch in der Technik einiges in den Details.

Man muss wirklich sagen, es liegt im Argen. Und dann kommen noch so weitere Aspekte hinzu, dass beispielsweise dann im Asylbewerberleistungsgesetz dieses menschenwürdige Existenzminimum noch weiter einfach beschränkt werden kann, weil gesagt wird, die haben ja noch mal ganz andere Bedarfe, und dann wird es weniger. Na ja, und eigentlich wäre an der Stelle relativ einfach zu sagen, was zu tun ist. Es muss da schlicht und einfach mehr Geld ins System rein. Es muss da das Ganze rationaler und sinnvoller berechnet werden. Und das ist leider eine Sache, die zumindest nicht explizit so im Koalitionsvertrag steht. Ja, da steht zwar was drin zum Bürgergeld und auch zur Kindergrundsicherung, wo auch dann ein ganz klein bisschen am Rande auf die eigentliche Bedarfsberechnung hingewiesen wird. Aber das klar erklärte Ziel, dass man jetzt endlich mit den Regelbedarfen mal einen Schritt nach vorne kommt, das findet sich dann im Koalitionsvertrag erst mal nicht. Das sind diese Regelbedarfe, aber eben auch wirklich nur ein Teil dieses riesigen Komplexes. Und es wird zum Beispiel auch durchaus darauf hingewiesen, auch von, ja, wie soll man sagen, Wohlmeinenden, die den Bezieherinnen und Beziehern von Grundsicherungsleistung sicher alles Gute wünschen, dass es damit noch lange nicht getan ist und dass es noch weitere Aspekte gibt, die auch durchaus Geld kosten können, beispielsweise der Umgang mit den Menschen in den Ämtern. Weil das Versprechen, dass im Grundsicherungssystem nach der ersten Einführung der Sozialhilfe drinsteckt, ist ja wirklich diese Berücksichtigung des Einzelfalls.

Also das ist was, was andere Sozialleistungssysteme so nicht können und auch nicht so im Programm haben. Aber eigentlich hat das ganze System der Grundsicherung bis hin zu dieser Formulierungen „fördern und fordern“ ja die Idee, auf den Einzelfall zu gucken und Not zu überwinden und nicht nur zu überwinden, indem die Transfers dann angemessen geleistet werden, also dass genug Geld da ist, sondern dass die Personen in eine Situation gebracht werden, dass sie wirklich wieder voll am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können, auch am Erwerbsleben teilnehmen können. Das ist ja nicht nur eine Drohung, die da mitschwingt, sondern da ist ja auch das Versprechen mit dabei: Du kannst wieder auf eigenen Beinen stehen, du hast alles das, was dir Arbeit bietet, Struktur, Selbstbestätigung, im besten Fall Freude und vielleicht auch Freunde, ja. All das muss da ja eigentlich mitgedacht werden. Und auch das sind natürlich Punkte, wenn man das wirklich ernsthaft umsetzen will, dieses Versprechen, wir gehen auf den Einzelfall ein, wo man sagen muss, da müssen die Ämter nicht nur qualifiziert werden und einfach freundlicher zu den Leuten sein, sondern sie müssen auch die Ressourcen haben, um die Menschen so zu unterstützen, wie es in ihrer jeweiligen Notlage notwendig ist.

Dorothee Spannagel:

Ich glaube, man kann tatsächlich, wenn ich jetzt noch mal zurückkommen darf auf diesen Begriff des soziokulturellen Existenzminimums, wirklich sagen, zentral ist natürlich, dass man die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung hat. Aber damit erschöpft sich das ja nicht. Also es ist die notwendige, aber bei Weitem nicht hinreichende Bedingung. Und da sind wir eben bei einem Konzept von Grundsicherung weiterdenken. Also mir nützt unendlich viel Geld nichts, wenn ich keine entsprechende Infrastruktur um mich herum habe. Wenn ich in einer Gegend lebe, die irgendwie so stark von Problemen betroffen ist, die vielleicht abends nicht sicher ist, in der vielleicht eine extrem hohe Umweltbelastung durch Lärm et cetera gegeben ist, dann ist meine Teilhabe an der Gesellschaft massiv eingeschränkt, unabhängig davon oder ziemlich unabhängig davon, wie viel Geld mir der Staat dann jetzt zur Verfügung stellt. Wobei ich immer noch sagen würde, für mich ist das der erste Ansatzpunkt: Man muss diese soziale Sicherung, die Grundsicherung, armutsfest machen, also dafür sorgen, dass kein Bezieher, keine Bezieherin dieser Leistung unterhalb der Armutsgrenze liegt. Aber darin erschöpft sich das nicht, sondern dann muss es weitergehen, eben zum Beispiel im Bereich der sozialen Dienstleistungen dafür zu sorgen, dass die Wohnquartiere entsprechend sind et cetera.

Bettina Kohlrausch:

Ja und diese ganzen sozialen Dienstleistungen, also das geht ja weiter. Also geht mein Kind auf eine Kita, wo es wirklich Teilhabe erleben kann, gibt es ein Freibad, wo es schwimmen kann, gibt es Spielplätze und einen öffentlichen Raum, in dem man sich gerne aufhält und begegnen kann. Also so gesehen ist natürlich die Frage, ist man letztlich aufgefangen, auch wenn man in einer Situation ist, in der man nicht oder nur begrenzt für sich selber sorgen kann, was ja jedem mal passieren kann. Die ist ja, wenn man dann wirklich mal fragt, was brauchen Menschen, also genau dieses soziokulturelle Existenzminimum, dann geht es auch um die Frage, was muss ein Staat eigentlich letztlich an sozialen Infrastrukturen zur Verfügung stellen, um das zu gewährleisten.

Florian Blank:

Das Spannende ist ja jetzt, dass wir damit auch wiederum den Kreis derjenigen verlassen, die eigentlich auf das, ja, letzte Netz der sozialen Sicherung direkt angewiesen sind. Für die sind solche Infrastrukturen wichtig und sie sind in gewisser Weise natürlich auch Geld wert, weil jeden Euro, den ich nicht beispielsweise für Bustickets ausgeben muss, kann ich an anderer Stelle dann verwenden. Aber gleichzeitig verlassen wir damit diesen engen Fokus auf die Bedürftigen und gehen wirklich in die Breite der Gesellschaft. Also wie kann dann sozusagen wirklich gesellschaftliche Integration gelingen, weil wir auf einmal über Dienstleistungen, über Daseinsfürsorge sprechen, die wirklich in die Mitte der Gesellschaft reicht. Und das ist, glaube ich, auch deswegen notwendig, nicht nur, weil es dadurch eine bessere Gesellschaft gibt, sondern weil wir damit anfangen, Politik auch wiederum für breitere Bevölkerungsschichten zu machen. Und das ist aus meiner Sicht auch wiederum eine Voraussetzung dafür, dass wir uns hinterher wieder auf die Armen auch konzentrieren können. Weil wenn wir uns nur auf die Armen konzentrieren, dann birgt das, so wichtig das ist, immer das Risiko, dass uns die Unterstützung der Mitte auch dann irgendwann abhandenkommt. Ja und wenn wir eben

Grundsicherung weiterdenken und sagen, wir starten mit dem Geld, mit den Transfers, aber damit ist es nicht getan, erweitern wir gleichzeitig sozusagen die Verhandlungsmasse und die Verhandlungsspielräume, weil wir letztendlich das gute Leben für alle wollen, wenn man das so ein bisschen vereinfacht sagen möchte.

Bettina Kohlrausch:

Also ich glaube auch, dass es tatsächlich gerade bei diesen sozialen Infrastrukturen und dass die funktionieren, um die Legitimität des Sozialstaats geht. Und es wird nie funktionieren, also so ein rudimentärer Sozialstaat, das hat man ja auch jetzt gesehen in Folge der Hartz-IV-Reform, das war ja letztlich auch ein Rückbau einfach des Sozialstaates. Der verliert an Legitimität, weil die Leute letztlich nämlich genau sich nicht geschützt und nicht sicher fühlen. Und das andere, was ich auch ein wichtiges Argument finde, ist, wenn gerade diese Infrastrukturen eben nicht nur für die Bedürftigsten sind, sondern für alle, dass dann ja gerade erst Teilhabe entsteht. Ja, also Teilhabe ist ja genau, da zu sein, wo alle sind. Und das kann natürlich nicht sein, wenn man immer nur letztlich irgendwie für eine ausgesonderte Gruppe das absolute Minimum an Bedürfnissen erfüllt und sie damit ja eben letztlich genau diese Teilhabe verwehrt. Ganz praktisch, ja, eine vernünftige Kita in einer Stadt mit einer vernünftigen Wohnpolitik führt dazu, dass Kinder aus unterschiedlichen Milieus und Schichten zusammenkommen, weil einfach sie zusammen im selben Raum leben oder im selben Stadtteil leben und das Angebot der Kita so ist, dass auch die Eltern, die sich theoretisch private Bildung leisten könnten, das wahrnehmen.

Und so entsteht dann eben Teilhabe. Und wenn man das aber runterfährt und sagt, man macht hier eigentlich nur noch für die Allerbedürftigsten irgendeine Form von Kinderbetreuung und außerdem haben wir eh schon total segregierte Wohnblöcke, dann verhindert man auch Teilhabe. Und deshalb glaube ich auch, man kann es nicht sozusagen nur für die Bedürftigsten denken, das funktioniert einfach nicht, das widerspricht dem Teilhabegedanken.

Florian Blank:

Und genau diese Logik kann man auch da wieder durchexerzieren letztendlich, wo es um den Sozialstaat, glaube ich, im engeren Sinne geht. Wenn wir beispielsweise Richtung Sozialversicherung gucken. Es ist da schon mehrfach beklagt worden, dass es eine Annäherung der Leistung von unserem großen System Sozialversicherung auf der einen Seite und der Grundsicherung in diesem anfangs skizzierten engeren Sinne gibt. Das will ich jetzt gar nicht noch mal aufdröseln. Aber es ist wiederum die gleiche Gefahr, diese Frage, auf wen konzentrieren wir uns. Wenn wir über Grundsicherung weiterdenken, -sprechen, ja, dann müssen wir auch notwendig drüber nachdenken, dass eine gute Grundsicherung auch in diesem engen Sinne nur dann funktioniert und sich nur dann wirklich auf ihre Aufgabe konzentrieren kann, wenn die Sozialversicherungssysteme vernünftig ausgestattet sind und damit auch den Grund von der Grundsicherung nimmt, aber auch den Druck von den Leuten, da immer nach unten gucken zu müssen, oh Gott, rutsche ich da jetzt rein, was passiert mir denn da. Sondern wenn sozusagen die, ich sage mal, Regelsysteme, die Standardsysteme, wenn die so ausgestattet sind, dass sie wirklich erst mal als erstes und stabiles Netz dienen, ja, dann wird man sicher auch über eine großzügigere und besser angepasste Grundsicherung sprechen können.

Dorothee Spannagel:

Vielleicht kann man das, was du gesagt hast, Florian, gerade noch ein bisschen konkretisieren. Also was heißt es, wenn diese vorgelagerten Systeme der Sozialversicherung besser funktionieren. Das heißt halt konkret, wenn ich arbeitslos werde, wenn ich mich arbeitsuchend melde und erst mal ALG-I beziehe, dass ich weiß, dass das ausreicht. Dass ich dann nicht in dem Moment, wo ich mich melden muss für den Bezug, sofort Angst habe, dass ich Dauer-ALG-II, also im Dauer-Hartz-IV-Bezug lande. Das heißt auch, wenn ich eine Rente beziehe oder mir vorstelle, wie das dann sein wird, wenn ich die Rente beziehe, dass ich dann nicht sofort denke, ah, nein, das wird nicht reichen, ich muss schon mal gleich jetzt den Antrag mir besorgen für eine Grundsicherung im Alter zum Beispiel. Also konkret, dass man da diese Angst nimmt. Ich glaube, das ist der zentrale Punkt, wenn ich dich richtig verstanden habe, Florian.

Florian Blank:

Das ist der eine zentrale Punkt. Und der zweite bezieht sich dann auf die anschließenden politischen Diskussionen. Wenn sich die Menschen durch die Rentenversicherung oder die Arbeitslosenversicherung schon mal gut ausgestattet fühlen, dann werden wir sicher eine Diskussion über großzügige Grundsicherungsleistungen besser führen können, als wenn es da schon so ein Geschiele oder Getrete nach unten gibt. Ja, so im Sinne von: Für uns ist es kaum ausreichend, was uns das System gibt und jetzt soll auch noch Geld da unten hingesteckt werden und die Grundsicherung verbessert werden. Da kommen ja auch letztendlich so durchaus menschliche Züge durch, sozusagen für wen soll denn eigentlich hier welches Geld ausgegeben werden. Da würde ich sagen, ja, eine gute Grundsicherung, wir brauchen meiner Meinung nach eine bessere Grundsicherung, als wir die heute haben. Funktioniert dann, wenn sie eingebettet ist in einen insgesamt starken Sozialstaat.

Marco Herack:

Ich fand den Gedanken sehr schön, dass man sagt, okay, man fängt zwar mit dem Geld an und bringt das erst mal auf ein Niveau, auf dem man das Ganze, na ja, realistischerweise haben sollte. Wie wir jetzt aber in den letzten Jahren gelernt haben, ist es ja nicht nur das Geld, was man dem Menschen gibt, das auf dem Niveau sein sollte, dass es ausreichend ist und dann vielleicht sogar noch die soziokulturelle Teilhabe ermöglicht, sondern man braucht da ja auch eine gewisse Flexibilität in diesem System. Ich denke da jetzt mal ganz aktiv an die Inflation, vor der wir gerade stehen. Also wenn irgendwie die Lebensmittelpreise mal so um 20/30 Prozent bei so manchen Sachen ansteigen wie Tomaten und Gurken, dann trifft das ja Menschen, die da ohnehin gerade an dieser Grenze oder sogar drunter sind. Das haut ja komplett durch ins Budget. Und der Staat sagt dann, och, na ja, so am Ende des Jahres sind wir dann mal in der Lage, euch ein bisschen was zu geben. Also da ist ja auch der Staat, nicht nur grundsätzlich gibt er zu wenig, sondern er ist auch noch extrem unflexibel, dann auf solche Situationen zu reagieren. Das heißt also, da müsste man ja auch ran.

Dorothee Spannagel:

Ja, ich glaube, das zielt jetzt ein bisschen auf die Frage ab, nach welchen

Mechanismen man diesen Sozialhilfesatz, und aus dem leitet sich eben zum Beispiel der Satz für ALG II ab, wie man den konkret berechnet und vor allem dann eben, wie man ihn anpasst, da hatten wir es schon am Anfang davon, dass das natürlich eine ziemlich willkürliche Sache ist. Da gibt es keine objektive Grenze, wo man sagt, okay, das ist genau der Betrag, der es sein muss, um eben dieses soziokulturelle Existenzminimum zu halten oder zu erreichen. Da kann man sich dann eben auch fragen, wie muss das angepasst werden. Und ich glaube, in der jetzigen Situation mit der extrem hohen Inflation mit den gleichzeitig extremen Wohnungskosten und auch mit dieser ganzen Energiekrise wird halt deutlich, dass das System da ein ganz großes Problem hat, wenn es genau diese Flexibilität eigentlich nicht hat und man üblicherweise im Jahresschritt etwa dann irgendwie eine Anpassung von plus 10/20 Euro hat und sagt, ja, ja, das muss dann schon irgendwie reichen. Dass da eben ein Inflationsausgleich nicht mitgedacht ist in dem System, ist, glaube ich, ein ganz großes Manko, das jetzt deutlich wird. Und da ist die Politik gefordert, schnell und tatsächlich flexibel darauf zu reagieren und das eben zu ändern, um da eine angemessenere Anpassung zu ermöglichen.

Marco Herack:

Aber sollte man da nicht weitergehen und solche Sachen so verankern, dass nicht die Politik immer wieder rangehen muss und man sich darauf verlassen muss, dass die Politik rangeht, sondern dass das vom Grundsatz her alles, na ja, stabiler gebaut ist oder nachhaltiger?

Florian Blank:

Na ja, in dem ersten Schritt ist es ja, sagen wir mal, regelgesteuert, sodass die Politik da sich eigentlich entlastet hat. Was die Politik nicht vorhergesehen hat und vielleicht auch die Wissenschaft nicht vorhergesehen hat, ist wirklich die Wiederkehr der Inflation in dem Umfang. Und da zeigt sich, dass dieser Anpassungsmechanismus immer zum Jahresanfang rückblickend dann auf das, ich meine, wenn ich jetzt richtig informiert bin, nicht nur auf das abgelaufene Jahr, sondern auf die erste Hälfte des abgelaufenen Jahres, sodass da einfach eine Lücke entsteht und da hat man mindestens zwei Möglichkeiten. Die eine wäre sozusagen, dass man sagt, na ja, wir brauchen einen Mechanismus, zumindest einen Notfallmechanismus, um da schneller eingreifen zu können oder man hebt das ganze Level so, dass bestimmte Schwankungen sozusagen eingepreist sind. Ja, das eben auch ein Inflationsanstieg erst mal verarbeitet werden kann. Das ist aber so ein Grundproblem, das sich natürlich durch das ganze soziale Sicherungssystem zieht. Wenn man Leistungen hat und diese Leistungen sollen qua Automatismus angepasst werden, dann braucht man immer eine Art von Basisdaten, mit denen man arbeitet. Und diese Basisdaten können natürlich im ersten Schritt nur rückwirkend sein. Es sei denn, man gründet jetzt neue Schätzerkreise, um beispielsweise Ausgabenentwicklungen oder Lohnentwicklungen fürs kommende Jahr vorherzusehen und das dann vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt dann noch mal auszutarieren und zu korrigieren. Aber man könnte sich da viele Wege vorstellen. Und das, was bisher so leidlich geklappt hat, fährt jetzt gerade tatsächlich vor die Wand, weil wir da Bewegungen haben, die so einfach nicht mehr, ja, vielleicht nicht mehr vorstellbar waren. Und gerade wenn ein System so auf Kante genäht ist wie das jetzige System, dann fliegt einem das direkt um die Ohren und da sind ja auch, meine ich, die einschlägigen

Gerichtsverfahren mittlerweile anhängig, ja, weil genau da gesagt wird, nein, also wenn wir über ein menschenwürdiges Existenzminimum sprechen, unter das kein Mensch drunter soll und die Wirklichkeit einfach so ist, wie sie aktuell ist, dann heißt das aber, dass dieses menschenwürdige Existenzminimum permanent und zwar wirklich regelhaft unterschritten wird. Und da muss dann wirklich die Politik sich eigentlich Gedanken machen, wie das erst mal akut ausgeglichen wird und wie wir dann mittelfristig Wege finden, um einen wieder regelbasierten Anpassungsmechanismus herzukriegen, der aber dann robuster ist.

Marco Herack:

Wir könnten jetzt wahrscheinlich das ganze System so durchgehen und würden dann immer wieder an diesen Punkt stoßen, dass es schlichtweg an sehr vielen Punkten überhaupt nicht funktioniert, wie es funktionieren sollte. Oder?

Bettina Kohlrausch:

Ja. Dass es einfach das Versprechen nicht einlöst, Schutz zu gewähren und zwar letztlich, ja, also ein Stück weit natürlich bedingungslos. Ja, wenn man sagt, keiner fällt unter ein Existenzminimum, dann kann man nicht sagen, na ja, aber wenn du das und das nicht machst, dann schon. Also und das ist, glaube ich, das, was dann auch die Legitimität des Sozialstaates in Frage stellt und Verunsicherung schafft, weit über den Betroffenenkreis hinaus, und letztlich damit auch ein Stück weit das ganze System destabilisiert und deligitimiert.

Marco Herack:

Ich frage mich halt bei dem Ganzen, weil wir ja eine politische Entscheidung hatten, dass es genau so gemacht wird, wie es jetzt gemacht wird, und da quasi alle Parteien dran mitgewirkt haben im Lauf der Jahre, mal mehr, mal weniger, wie man überhaupt dahin kommen kann, dass auch nur kleinste Veränderungen an diesem System überhaupt durchgeführt werden könnten, weil es scheint ja da kein Einsehen zu geben seitens der Politik.

Dorothee Spannagel:

Ich glaube, da teile ich jetzt keinen so großen Pessimismus oder keinen so generellen Pessimismus, also wenn wir jetzt zum Beispiel sehen, dass sich die Ampelkoalition vorgenommen hat, ein sogenanntes Bürgergeld einzuführen und damit eben Leistungen zusammenzulegen und neu zu stricken oder eine sogenannte Kindergrundsicherung einzuführen. Jetzt wissen wir in beiden Fällen nicht, wie sie sich das exakt vorstellen. Da gibt es einfach noch nicht sehr viel dazu, Konkretes. Aber dann sieht man das schon, was passiert und ich denke, dann ist es von unserer Seite, von Seiten der Wissenschaft, eben die Aufgabe, da ganz genau drauf hinzuweisen, wo wir aus wissenschaftlicher Sicht die Probleme sehen, wo wir sagen, da muss man ran. Und dann sind eben auch die entsprechenden Verbände, also AWO, Paritätischer Wohlfahrtsverband et cetera, gefordert, da eben laut zu werden und dem eine Stimme zu geben oder denen eine Stimme zu geben, die eben von diesen Systemen leben müssen und deren Stimmen leider tatsächlich bisher zu wenig gehört werden. Aber ich bin da doch nicht grundsätzlich nicht ganz so pessimistisch.

Bettina Kohlrausch:

Glaube ich auch. Also ich würde auch sagen, auch wenn es ja eigentlich meistens nur der SPD angelastet wird, dass es schon der Rückbau des Sozialstaates, wofür ja so ein bisschen exemplarisch Hartz IV steht, dass das ein gesellschaftlicher, Konsens wäre jetzt übertrieben, weil die Leute, die es betroffen hat, waren und Gewerkschaften haben sich da vehement gegen gewährt, aber es gab schon einen sehr dominanten Diskurs, der irgendwie gesagt hat, wir müssen Eigenverantwortung stärken und so weiter und so weiter. Ich glaube aber, dass jetzt, 20 Jahre später, sich da die politische Debatte wirklich verändert hat. Also ich sehe eigentlich auch erstmalig, auch gerade mit Blick auf den Koalitionsvertrag, wirklich Spielräume, was zu ändern. Aber in der Tat bin ich bei Dorothee, also was mich so ein bisschen besorgt, ist, dass es so eine Bereitschaft gibt, glaube ich, über Strukturen und Zugänge und so weiter nachzudenken, aber dass „armutsfest“ eben am Ende des Tages auch einfach heißt „mehr Geld“. Da bin ich mir jetzt nicht so sicher. Also da, würde ich sagen, ist das letzte Wort noch nicht gesprochen und da ist es in der Tat dann auch die Aufgabe, dass in den politischen Raum zu tragen, dass es eben auch wirklich darum geht, so was armutsfest zu machen und einfach auch die finanziellen Mittel zu erhöhen, aber dass man dabei nicht aufhören kann zu denken, dass das aber natürlich der erste und wichtige Schritt ist.

Dorothee Spannagel:

Und da sind wir halt im Bereich der Abwägung. Also ich meine, da muss die Politik entscheiden, wofür soll Geld da sein und ganz konkret für die Bundeswehr das Sondervermögen, da kann man sich schon fragen, okay, da ist das Geld da, das sind letztendlich keine Zwänge, das ist jetzt wenig, dass es partout auf gar keinen Fall geht, sondern das sind letztendlich einfach politische Entscheidungen, wo Prioritäten gesetzt werden.

Bettina Kohlrausch:

Würdet ihr in so einer Logik der Grundsicherung auch sagen, na ja, wenn man sagt, soziale Infrastruktur, dazu gehört auch die Bereitstellung von Bildung, der Zugang zu Bildung. Was natürlich auch immer mitgedacht wird bei der Grundsicherung für Erwerbstätige oder für Erwerbspersonen, ist natürlich immer die Qualifizierung, die dann nach der Grundausbildung gehört. Aber wenn man dann anfängt, dass man einfach noch mal die Zugänge zu Weiterbildung und so weiter auch erleichtert und möglich macht für die, die es am nötigsten haben. Aber wenn man sagt, Grundsicherung weitergedacht schließt auch soziale Infrastrukturen mit ein, dann würde für mich auch die Idee eines inklusiven Bildungssystems, also Kita- und Schulsystems dazugehören. Aber ich weiß nicht, wie ihr das seht, Florian und Dorothee.

Dorothee Spannagel:

Doch, ich denke, da hast du aus meiner Sicht auf jeden Fall Recht. Also ich glaube, dass Bildung einfach der zentrale Schlüssel ist, um vorzubeugen, dass eine Person überhaupt in Grundsicherungsbedarf gerät beziehungsweise auch um vorzubeugen, dass eine Person von Armut betroffen ist oder um dann dafür zu sorgen, dass Armut nicht zwischen Generationen weitergegeben wird. Und tatsächlich ist dann halt die Frage, sind direkt bei mir am Wohnort Schulen so zu ... nun haben wir ja bei uns ein öffentliches Bildungssystem. Das heißt, erst mal kostet Schulbildung ganz

grundsätzlich nichts. Dann kosten natürlich viele Schulausflüge was, dann kosten doch irgendwelche Lehrmittel trotz Lehrmittelfreiheit was et cetera. Da fängt es dann wieder an. Aber dass man Zugang zu solchen Schulen hat, wo man auch tatsächlich lernen kann und lernen möchte, auch wenn das häusliche Umfeld da vielleicht nicht immer förderlich ist. Also dass hier auch ein bisschen das Klima an der Schule sozusagen, das dann irgendwie Lust auf Lernen macht oder selbige vielleicht auch irgendwie eher verhindert, um jetzt mal ein Ding rauszugreifen. Und da ist eben aus meiner Sicht soziale Durchmischung halt das A und Ort. Also dass man halt jetzt nicht eine Schule in einem Problemviertel hat, wo sich dann halt die Kinder aus, ich sage jetzt mal in Anführungsstrichen, Problemfamilien treffen und auf der anderen Seite haben wir das Gymnasium, auch ein öffentliches Gymnasium, wo sich Alexander und Charlotte, die Professorenkinder dann irgendwie begegnen und da halt niemand anders sonst ist aus anderen sozialen Schichten.

Bettina Kohlrausch:

Genau und das ist das, was ich auch anfänglich mit Teilhabe meinte. Letztlich kann man Teilhabe halt nicht nur für eine Gruppe denken. Teilhabe schließt immer alle mit ein. Und deshalb muss, glaube ich, auch der Gedanke von Grundsicherung weitergehen und breitere Angebote mitdefinieren.

Florian Blank:

Ja, dieser Bildungsaspekt, wie ihr ihn jetzt skizziert habt, ist, glaube ich, nur einer von mehreren Aspekten, wo Bildung und Grundsicherung zusammengehen. Also ja, öffentliche Infrastrukturen, gutes Lernen für Kinder. Aber du, Bettina, hattest ja auch schon noch mal diesen Aspekt Weiterbildung angeregt. Und wenn wir jetzt zum Beispiel die Debatte über das Bürgergeld verfolgen, wie es jetzt im Koalitionsvertrag auch steht, da haben wir noch mal einen anderen Zugang zu. Also möglicherweise auch die Verpflichtung von Menschen, sich weiterzubilden. Aber diese ganz konkrete Bildung und Qualifikation, um im Erwerbsleben dann, selbst wenn man schon mal rausgefallen ist aus dem Erwerbsleben, wieder Tritt zu fassen. Ja, das ist ein weiterer Punkt. Und man kann, auch ohne ins Utopische abzugleiten, diese Diskussion um eine weitergedachte Grundsicherung auch in die Richtung drehen, dass es ja vielleicht auch um Zeitrechte gehen könnte. Es gibt ja schon durchaus nicht nur Ansprüche auf Transfers, die jetzt meistens bedürftigen Menschen zur Verfügung gestellt werden, sondern es gibt ja auch durchaus zum Beispiel Rechte auf Elternzeit. Ja und man kann auch da über solche Zeitrechte, vielleicht auch mit begleitenden Geldleistungen, die dann aber im ersten Schritt nicht im Vordergrund stehen. Man kann also über Zeitrechte nachdenken und auch da kann man noch mal über Bildung sprechen. Sollen Menschen so eine Art Bildungskonto haben, das auch nach der ersten Ausbildung oder auch nach der hochschulischen Ausbildung letztendlich jeder ein Budget hat, ein Zeitbudget, um wirklich nach eigenem Ermessen und nicht unbedingt auch mit dem Druck, sich für einen neuen Job damit qualifizieren zu müssen, sich tatsächlich noch weiterbilden zu können. Das wäre auch aus meiner Sicht übrigens ganz interessant, weil man damit von so einer ganz harten, ja, „Bildung, um zu“-Logik vielleicht wegwäme. Also wir diskutieren auch hier in diesem Raum Bildung ja ganz häufig mit Blick auf Qualifikation und Arbeitsmarkterfolg, von Karriere will ich jetzt gar nicht sprechen. Aber möglicherweise ist ja Bildung dann auch mehr mit Blick auf ein gelingendes Leben. Und auch mit so was könnte man spielen und hantieren, wenn man über eine

weitergedachte Grundsicherung spricht. Welche Arten von Rechten und Rechtsansprüchen brauchen Menschen, um letztendlich ein gutes Leben zu führen und auch gesellschaftliche Integration über den Arbeitsmarkt hinaus zu erreichen.

Bettina Kohlrausch:

Also ich finde das gut, dass du jetzt noch mal diese Zeitrechte, das ist Recht auf Existenzsicherung finanziell, Recht auf soziale Infrastrukturen, Recht auf Zeit. Und dann sind wir bei so einer Grundidee, in der es dann nicht mehr nur darum geht irgendwie, dass allerletzte Sicherheitsnetz zu sein, sondern letztlich eine Ressource zu sein, also die Grundsicherung als Ressource zu verstehen, um Menschen in die Lage zu versetzen, ihren eigenen Lebenslauf selbstbestimmt gestalten zu können. Und wenn das jetzt das Ziel einer weitergedachten Grundsicherung ist und man jetzt anguckt, wo wir sind, dann kann man sich schon vorstellen, also welche Welten dazwischen liegen und was noch zu tun ist.

Florian Blank:

Ja, das Spannende ist jetzt aber, glaube ich, dass unser Vorgehen eigentlich erst mal an den bestehenden Systemen ansetzen möchte. Ja, wir möchten die Grundsicherung im engeren Sinne nicht radikal umbauen, sondern wir wollen sie einfach besser haben. Ja, wir wollen sie mit weniger Druck ausstatten, wir wollen bestimmte Abstufungen im System aufheben. Wir möchten letztendlich, dass die Leute besser behandelt werden. Wir sind trotzdem der Auffassung, zumindest für mich kann ich das sagen, dass ein bedürftigkeitsorientiertes und damit auch am Individuum ansetzendes System mit dazugehört. Wir sagen, wir wollen eine bessere Sozialversicherung drum herum haben, wir wollen die auch nicht abschaffen oder durch ein anderes System ersetzen, sondern wir wollen das besser haben. Wir wollen bessere Infrastrukturen haben. Wir haben jetzt schon Zeitrechte. Wir können uns andere und bessere Möglichkeiten vorstellen, mit solchen Zeitrechten umzugehen. Ich glaube, dass vieles von dem, was wir im Rahmen dieses Sammelbandes dann eben kennengelernt haben und mit den Autorinnen und Autoren besprochen haben, dass es eigentlich unmittelbar anschlussfähig ist an das, was einfach vorliegt. Das ist jetzt kein radikaler Gegenentwurf wie ein bedingungsloses Grundeinkommen oder Ähnliches. Ja, sondern das sind viele, viele Bausteine, die angelegt sind, mit denen manchmal auch schon experimentiert wurde und wird, mit denen man eigentlich starten könnte. Ja und das hört sich vielleicht radikal an, Grundsicherung weiterdenken, und in der Summe ist es das vielleicht sogar. Aber die vielen Bausteine sind, meine ich, im deutschen Sozialstaat oder im System der öffentlichen Dienstleistungen in Deutschland angelegt und müssen nur entwickelt werden.

Bettina Kohlrausch:

Eine pragmatische Handlungsempfehlung für dann doch eine ziemlich radikale Veränderung sozusagen.

Florian Blank:

Genau.

Marco Herack:

Vielen Dank für das Gespräch. Bettina Kohlrausch.

Bettina Kohlrausch:

Tschüss.

Marco Herack:

Dorothee Spannagel.

Dorothee Spannagel:

Tschüss. Gern geschehen.

Marco Herack:

Und Florian Blank.

Florian Blank:

Auf Wiedersehen.

Marco Herack:

Und wenn ihr dazu noch ein paar Gedanken habt, dann schickt uns eine E-Mail: systemrelevant@boeckler.de. Oder tickert uns auf Twitter an [@boeckler_de](https://twitter.com/boeckler_de). Hinweise, Korrekturen, Gedanken bitte einfach einsenden. Und wir freuen uns natürlich, wenn ihr uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonniert. Wer Twitter nutzt, findet Bettina dort als [@BettiKohlrausch](https://twitter.com/BettiKohlrausch), aber weder Dorothee noch Florian. Das heißt, wir wünschen euch eine schöne Zeit und gehen damit dann auch in die Sommerpause. Da wird es so ein, zwei Folgen geben, die wir voraufgenommen haben. Die kommen dann im Laufe des Julis. Und dann geht es ganz normal weiter. Vielen Dank fürs Zuhören. Tschüss.